

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
in allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 2,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hierzu Postgebühr 30 Pf.
Telefon Nr. 4.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Veröffentlichungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Ausdrücke 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garnordzelle.
Kontinua 15 Pfg. die
Pettizelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fotogramme
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 63. Donnerstag, den 16. März 1911. 28. Jahrg.

Ein Führer des Zentrums gegen das Zentrum

Das ist im politischen Leben wohl noch nie dagewesen: eine Partei versucht, einem hervorragenden Parteimann den Mund zu verstopfen, so daß dieser genötigt ist, eine andere Fraktion um Hilfe zu bitten, um durch sie zum Wort kommen zu können.

Das ist im großen, mächtigen und gerechten Zentrum geschehen, das angeblich für „Wahrheit und Recht“ steht.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat es verstanden, bisher den Dr. Heim von allen wichtigeren Kommissionen fern zu halten. Der bayerische Bauernführer ist der gegenwärtigen politischen Strömung im Zentrum, die von Herr v. Hertling diplomatisch-konjunktiv geleitet wird, zu unbedeutend offenherzig. Der Mann hat zu starke demokratische Ansichten, die nicht recht zu der konservativen Fraktion passen. Und so mußte Dr. Heim vor allem der Budgetkommission fern gehalten werden.

Der bayerische Bauernführer, der nach den Beisetzern seiner Partei wenig fragt, mußte sich zu helfen, um zum Wort und zur Geltung zu kommen. Er erbat sich einen Kommissionsmitglied von den Sozialisten; und sie traten dem Zentrumsmittglied ab, damit es gegen das Zentrum zum Wort kommen konnte! Ein Zentrumsabgeordneter als Vertreter der politischen Fraktion, um dem Zentrum mit bayerischer Verbundenheit die Wahrheit sagen zu können: das ist doch einmal wieder etwas Neues und zeigt, wie es innerhalb des Zentrums zugeht.

Der Streit drehte sich um die Kaliffrage und um die Propagandapropaganda der Kaliffrage. Daß bei dieser Frage Dr. Heim, der Führer des bayerischen Bauernbundes, wie selten ein anderer kompetent ist, wird nicht bestritten werden. Und nun sagte Dr. Heim seinen Fraktionsfreunden wie den Konservativen die schärfsten Wahrheiten ganz in unserem Sinne.

Nach § 27 des Kalifgesetzes sind 60 Pfg. pro Doppelzentner an das Reich zur Förderung des Kalifabfahrs abzuführen. Seinen Parteigenossen machte nun Dr. Heim klar, daß ihre Vertuschungsversuche unweh und unzutreffend seien. Es sei dem Wortlaut des Gesetzes durchaus widersprechend, daß das Reich einen Teil dieser Propagandagelder für sich behalten dürfe; sie müssen auch künftig wieder für Propagandazwecke ausgegeben werden. Also das Reich eigentlich nur eine Geschäftsbüro für

die Kalifindustrie. Wie diese aber vor dem Kalifgesetz mit ihren Provisionen vorgegangen sind, legte Dr. Heim offen dar: es erhielten z. B. in einem Jahre der Bund der Landwirte 57 000 M., die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft 179 000 M., der Reichsverband deutscher Genossenschaften 177 000 M., der Bayerische Bauernverein 17 000 M. und die Landwirtschaftliche Zentralkasse in Berlin 46 000 M.

Außer diesen Propagandageldern gewährt das Syndikat aber auch noch Rabatte. Den höchsten Rabatt von 12 M. pro Doppelzentner erhielt derjenige Verband, der 500 000 Doppelzentner reinen Kalis bezog, das sind also 40 000 Waggon Rohkalis. Dann aber fällt die Skala sofort auf 12 000 Doppelzentner Abnahme und der Rabatt verringert sich ganz gewaltig. Die Folge hiervon ist, daß natürlich die kleineren Genossenschaften den geringsten Rabatt erhalten und daß ihre Mitglieder und Abnehmer höhere Preise zahlen müssen als die Mitglieder der großen Organisationen. Hieraus wies besonders Dr. Heim hin. Er betonte, daß durch diese Regelung das Kalis nicht besser werde, daß die Kosten sich nicht verringern, sondern daß im Gegenteil die kleinen Verträge ungemein hohe Verwaltungskosten mitbezahlen müßten. Dabei gab Dr. Heim zu verstehen, daß die Propagandagelder zum Teil verwendet worden seien zur Bezahlung von Wanderrednern, die auch politische Reden hielten, und zu aufläuternden Artikeln, die in politischen Zeitungen standen. Die ganze Politik gehe darauf hinaus, den kleinen Verbänden das Licht auszublenden. Er setzte auseinander, wie die Anträge der Konservativen und des Zentrums die Wirkung hätten, auch in Zukunft die Monopolstellung jener Verbände zu sichern auf Kosten der kleineren Genossenschaften, auf Kosten der Konsumenten. Höchst erheitert wirkte es, als Heim mit Recht davon sprach, daß der Abg. Sped. vom Zentrum die Begründung eines konservativen Antrages übernommen hätte!

Angesichts dieser Ausführungen, die mit nichts widerlegt werden könnten, war die große Verlegenheit begreiflich, die über das Zentrum und die Konservativen bei dieser Reduktion aus den eigenen Reihen gekommen war.

Man sprach davon, daß sofort nach der Sitzung Herr v. Hertling, der Führer des Zentrums, sich wieder alle Mühe beim Führer der Polen, dem Fürsten Radziwill, gegeben habe, um den unbegreiflichen Wahner wieder aus der Kommission zu entfernen. Die Polen hatten das am Abend vor der Sitzung abgelehnt; sie lehnten den Zentrumsversuch nach der Sitzung erst recht ab, und so er-

scheint auch weiterhin, so lange er es für nötig erachtet, der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim als Vertreter der Polen in der Budgetkommission des Reichstags, aus der ihn die eigene Fraktion fernzuhalten versucht hatte!

Berlin, 14. März. Die Budgetkommission des Reichstags befaßte sich heute wiederum mit der Kaliffrage und nahm zum Schluß die Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei an, die eine Vorlegung der Verträge mit dem Kalifsyndikat fordert.

Deutsches Reich. Deutscher Reichstag. Berlin, 14. März.

Am Bundesrätlich Staatssekretär Dr. Delbrück. Der Präsident Graf Schwerin-Böwig eröffnete die Sitzung um 1.45 Uhr. Das Haus tritt in die zweite Lesung des Etats des

Reichsamts des Innern ein. Abg. Hansen (Däne). Die Handhabung des Vereinsgesetzes läßt in dem von mir vertretenen Landesteil zu wünschen übrig. Das Reichsamt des Innern sollte hier eingreifen.

Abg. Hansen (Ztr.): Das Handwerk darf bei der Sozialpolitik nicht vergessen werden. Bei der Fürsorge für den Mittelstand ist man in den letzten Jahren überhaupt bei Erwägungen stehen geblieben.

Graf Kanitz (Konf.): Seit 1901 sind nicht weniger als 85 Bankfirmen zusammengebrochen. Zur Kontrolle des Status der Banken müßte eine Kommission von Reichstagsmitgliedern und Sachverständigen eingesetzt werden mit gesetzlicher Befugnis zum Einschreiten.

Abg. Koch (Soz.): Das Wesentlichste an den Erklärungen des Staatssekretärs ist, daß das Arbeitskammergesetz nicht Gesetz werden wird, weil die Regierung es in brauchbarer Form nicht will. Rehnlich ist es mit der Sozialpolitik der Parteien. Wenn auch der einzelne Arbeiter vor dem Verhungern geschützt ist, hungern muß er doch. Für die Privatbeamten wird auch in diesem Reichstag nichts getan werden. Bedenklich ist das Anwachsen der Großbetriebe und des Großkapitals, der Staat ist heute nicht mehr als ein Organ der Ausbeuter. (Hört, hört links.) Warum hat auch der Staatssekretär kein Wort über das Verhältnis der Regierung zum Zentralverband der Industriellen zu sagen gewußt? Auf dem Stand der Arbeiter be-

Es gibt wohl manchen Fall, wo zu viel Offenheit
So lächerlich erscheint, daß niemand sie verzeiht,
Mittäter ist es gar, wie's uns auch widerfährt.
Daß wir verbergen, was uns tief im Busen lebt.
Molière.

Theater.

Roman von Ernst Georgs.
(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)

So kam also der gefürchtete Moment! Und es gab kein Ausweichen! Sie mußte Horst von Hofsten gegenüber treten, ihn wiedersehen, ihn an der Seite seiner Frau sehen. — Ein wahrer Krampf der Eifersucht schüttelte das leibhaftige Mädchen bei diesem Gedanken. Hauptmann von Hofsten, ihr Vetter, war das vergötterte Ideal ihres Daseins gewesen, seit sie denken konnte.

Wie hatte er zu Renne von Liebe gesprochen, und dennoch wußte sie, daß auch er mehr für sie fühlte als sonst ein Vetter. Er war der einzige, der ihren Uebergang zur Kunst verstand, wenn nicht belächelte. Eines Abends waren sie beide im Schauspielhaus zusammen gewesen und hatten den weiten Heimweg zu Fuß gemacht — Horst hatte ihr den Arm geboten und lieb und gut mit ihr gesprochen.

„Das von Ruhm und Erfolg sind alles Zukunfts-
träume“, hatte er gesagt und mit einem nicht mißzuver-
stehenden Nachdruck hinzugefügt: „Daß mich doch erst
Hauptmann sein, Renne! Doch erst Hauptmann, dann —
weiter hatte er nicht gesprochen.“

Horst von Hofsten war Hauptmann geworden. Schon
vor Jahren. Und eines Morgens war seine Mutter vor
Schmerz leuchtend bei Gellners erschienen und hatte seine
Verlobung mit einem schönen und liebenswürdigen Kölner
Mädchen verkündigt. „Sie hat dreißigtausend Mark über
die Kaution, Marielchen! Dreißigtausend Mark!“ hatte
sie jubelnd der Schwägerin erzählt. „Endlich hört für
unsere armen Jungen die Pflanzensucher auf!“

Die Hochzeit war vor einem halben Jahr in Mü-
nchen worden. — Und nun kamen sie.

Schmerz, daß Verzweiflung tobten in der Ein-
samkeit.

„Renne, du wollest mir doch beim Aufsatz helfen?“
mahnte die jüngste Schwester jetzt ungeduldig von der Tür
her. „Ich weiß nicht, was der alte Goethe da an einer
Stelle will.“

Renne erhob sich müde. „Ich komme schon!“ sagte
sie. Im Vorbeigehen bemerkte sie auf dem Tisch eine
Anfangsposillarte. — Sie griff danach, las den Poststempel,
betrachtete die Abbildung des Dogenpalastes in Venedig und
überflog die wenigen Zeilen, „von Eva Hellmers“, sagte
sie laut, „geh immer voran, Vetta, ich komme schon!“

Der Nachschiff verschwand unwirsch.
Renne las halblaut, mit leiser Bitterkeit. „Die sechs
himmlischen Worten haben leider ihrem Ende. Gott, Renne
Götze, ist die Welt schön! Ein Paradies! — Fröhlich und
ich sind überfällig miteinander. Wir lachen von früh
bis spät. Tausend Grüße und Küsse, Renne. Du mußt
auch heiraten und auch nach Italien ins Sonnenland.
Ich ruhe nicht eher, bis Du so glücklich bist wie Deine
Eva Hellmers. Gruß unserer sentimentalischen Freundin —
Fröhlich.“

Das Mädchen warf die Karte auf den Tisch und
lachte kurz und herb. Dann folgte sie der Schwester
nach.

4. Kapitel.

„Sie ist also durch nichts von ihrem Plane abzu-
bringen, verheiratete Tanten?“

Frau Gellner wickte langsam ihren Reifen an, der
ernst und voller Interesse zu ihr hinübergeschaut. Sie
liebte Horst von Hofsten. Wie war ihr die Idee einer
Verheiratung des vermögenden Offiziers mit ihrer
Tochter gekommen. Ebensoviele hatte sie gehaut, daß
diese auch nur im mindesten ein je anderes als ver-
wandtschaftliches Interesse für den Vetter gehabt haben
könnte. — Wie das alltägliche, von Sorgen und Be-
schäftigungen ausgefüllte Familienleben es so häufig mit
sich bringt, waren die sich am nächsten stehenden Menschen
einsam in ihrem Leid, in ihren Kämpfen, nebeneinander
hergezogen. — „Was sollen wir tun, Horst, Renne ist

doch mündig und hat einen starken Eigensinn. Seit
Friederike Landfried, ihre Patin, auf ihre Seite getreten
ist und ihr materiel hilft, sind wir doch erst recht machtlos.“

„Kaufst du denn, daß ihr Talent groß ist?“

„Was soll ich dir da antworten?“ entgegnete die
Gefragte lächelnd. „Wir alle haben sie noch nicht spielen
sehen. Ich vermeide jede bezügliche Frage. Ihre Lehrer
sollen ihr eine bedeutende Zukunft prophezeien, so er-
zählte mir Frau Veitrich, die auch mit Eva eine Ver-
suchsaufführung der Bühnenschule mit angesehen hat. Sie
war ganz entzückt von Renne, und auf Evas Hochzeit
hat sie ja alle Gäste mit ihrem Spiel und Tanz in Be-
geistigung versetzt.“

„Du selbst bist aber innerlich mit ihrem Berufswechsel
noch nicht ausgeöhnt, das merke ich.“

„Aber, Horst, ein Mädchen unserer Kreise auf der
Bühne. Denke nur, wenn sie nun in die Provinz enga-
giert wird, wer soll denn da als ihre Ehrendame mit ihr
gehen? Ich kann doch von den anderen Kindern nicht fern.“
Frau Gellner seufzte: „Und dabei könnte sie jetzt schon
an einer Schule fest engagiert sein. Dein Vater hatte
schon mit verschiedenen Stadträten Rücksprache genom-
men. Ach, lieber Junge, das liebste wäre mir ja, sie würde
sich recht gut verheiraten. Ich bekenne es ganz offen!“

In diesem Moment war die niedliche, junge Frau
des Hauptmanns hinzugegetreten und hatte ihren Arm zärt-
lich um den Gatten gelegt. „Sprichst du von deiner Toch-
ter, Tanten? Ach, ich bin auf die Renne ja so neugierig.
Horst hat mir so viel von ihr erzählt. Das muß ein in-
teressantes Mädchen sein! — Weißt du, Schatz, wir laden
dein Cousinchen in unsere Garnison und verschaffen ihr
einen netten Mann. Wir haben so viele unverheiratete,
gut situierte Kameraden im Regiment.“

Frau Gellner schaute förmlich freudig erwartungs-
voll zu der Sprecherin empor, als könnte ihr von dieser
wirklich der ersehnte Schwiegerjohn kommen. Ehe sie noch
eine Antwort gab, wandte sich Horst nach der Tür, die
zuletzt scharf aufgestoßen wurde, und sagte laut:
„Da kommt ja Renne!“

(Fortsetzung folgt.)



ruhen die vier Milliarden, die jährlich bei uns erpart werden.

Staatssekretär Delbrück: Was bisher für die wirtschaftliche und kulturelle Erhebung des Arbeiters geschehen ist, ist nicht von sozialdemokratischer Seite geschehen, sondern von den anderen Parteien und von der Regierung. Wir haben durchaus freihändlerische Einrichtungen. Gegenüber der Bemerkung des Redner's, daß die Regierung in völliger Abhängigkeit vom Großkapital und der Großindustrie sich befindet, ist darauf hinzuweisen, daß wir genötigt sind, die Dinge in einer dem Wesen des Ganzen angemessenen Richtung vorwärts zu schieben. Wir dürfen nicht in alle Dinge hineinregieren, sondern müssen dafür sorgen, daß die Differenzen zwischen den einzelnen Volksteilen nicht zu groß werden. Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung ist Freiheit des Individuums, nicht sein Untergehen in der Herrschaft der Masse. Ich werde die Industrie ebenso zu fördern suchen, wie alle anderen in mein Ressort fallende Zweige unseres kulturellen Lebens. (Lebh. Bravo.) Die Bankzusammenbrüche sind zurückzuführen auf eine Kette unrichtiger Handlungen der Leiter und dagegen gibt es keinen Schup. Durch Einsetzung einer Bankkommission oder eines Bankbeirats würde das Publikum in allzugroße Sicherheit über die Zuverlässigkeit der Banken gewiegt werden. Außerdem würde eine solche Organisation eine Verantwortung auf sich nehmen, die zu tragen sie kaum imstande sein würde.

Abg. Wieland (Fortfchr. Sp.): Mit dem guten Rat der Selbsthilfe ist den Handwerkern allein nicht gedient. Die Handwerkskammern haben auf den schwierigen Gebieten des Submissionswesens und des Lehrlingswesens schon recht Erreichtes geleistet. Vor dem großen Beschäftigungsnachweis möchte ich dringend warnen. (Sehr richtig! links.) Wenn dem Handwerk die nötige Bewegungsfreiheit gelassen wird, wird es schon selbst den richtigen Weg finden. Einer sofortigen Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen kann ich nicht das Wort reden. Im Konsumvereinswesen sollten Auswüchse beseitigt werden. Eine große Schädigung für den Mittelstand sind die Abzahlungsgehalte, die meist nicht die besten Waren führen. Man sollte so bald als möglich gegen diese Schäden vorgehen, wäre es auch nur mit recht ausgiebiger Besteuerung. Die Konkurrenz der Großbetriebe wächst von Jahr zu Jahr, und um das Handwerk konkurrenzfähig zu machen, müßten von Staatswegen billige Darlehen an die Handwerker gegeben werden. Die Arbeitsbedingungen sind für die Lehrlinge keineswegs ungünstiger als in den Großbetrieben. Dabei werden die Lehrlinge im Handwerk vielseitiger ausgebildet. Wünschenswert wäre es, wenn endlich die Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk geklärt würde. Von vielen Seiten wird eine Beseitigung des Paragraphen 100q verlangt. Ich teile die optimistische Hoffnung nicht, die an die Beseitigung dieses Paragraphen geknüpft wird. Wenn die Mindestpreise für das Land festgesetzt werden, so werden nicht immer gute Geschäfte gemacht werden. Für Bäcker und Friseur mag die Festsetzung von Mindestpreisen von Wert sein, aber für den anderen Teil des Handwerks nicht. Es ist aber auch schwer, für alle Handwerksbetriebe Mindestpreise festzusetzen. Das gilt von Tischlern, Malern, Buchbindern, Schlossern usw. Außerdem würde der Großbetrieb den Vorteil davon haben. (Sehr richtig! links.) Den Anhängern würde vor allem die Gründung eines selbstständigen Geschäftes ersichtbar werden, und das wäre das Gegenteil von dem, was wir wollen. Die Einbeziehung in die sozialen Versicherungen ist für die Handwerker noch nicht möglich. Deshalb empfiehlt sich die Selbstversicherung. Eine gleichmäßige Regelung des Submissionswesens ist im Interesse des Mittelstandes durchaus zu fordern. Ein frühzeitiges Ausschreiben der Arbeiten und eine Zuteilung größerer Aufträge in kleineren Losen wäre wünschenswert. Man müßte auch prüfen, ob bei den Zuschlägen der Handwerker bestehen kann. Die älteren Handwerker haben nicht immer die nötige Kalkulationsfähigkeit, und darauf sollte Rücksicht genommen werden. Selbstverständlich haben auch die Handwerker zur Lösung der Frage beizutragen. Fleiß und Sparsamkeit ist die erste Bedingung, sowie Gewissenhaftigkeit, um irgend welchen geschäftlichen Erfolg zu erzielen. Diese Eigenschaften sind beim Handwerk vorhanden, dazu muß noch eine gute Vorbildung kommen. Sehr wichtig ist es, daß sich das Handwerk in freien Innungen und Genossenschaften zusammenschließt. Die erste Bedingung ist gegenseitiges Vertrauen und zu gegebenem Zeit eine Selbsterneuerung an Haupt und Gliedern. (Sehr richtig! links.) Von einem vollständigen Stillstand der sozialen Fürsorge kann nicht die Rede sein. Unsere Kommissionsarbeiten beweisen das Gegenteil. Es ist ganz bedeutendes im Interesse der arbeitenden Klassen geschaffen worden, trotzdem wir im Mittelstand schwer belastet sind, sind wir doch bereit, auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung fortzufahren. Aber dabei muß man die Leistungsfähigkeit der einzelnen Volksschichten in Betracht ziehen. Das Handwerk hat aber heute schon sehr viel zu leiden. Meine politischen Freunde sind bereit, für alle gerechten Maßnahmen zur Erhebung des Mittelstandes, auch des landwirtschaftlichen Mittelstandes, einzutreten.

Gamp (Reichsp.): Will die Regierung tatlos bleiben gegenüber der Verflottierung nicht organisierter Arbeiter durch die soz. Gewerkschaften? Ein solches Vorgehen verträgt sich nicht mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes. Die privaten Versicherungsanstalten müssen erhalten bleiben. Die Einsetzung einer Revisionsinstanz zur Bankkontrolle ist nicht von der Hand zu weisen. Den Fragen des Mittelstandes gegenüber ist die Regierung erheblich freundlicher geworden. Das erkennen wir dankbar an. Besonders Wert legen wir auf die Fürsorge für die Gesundheit der Arbeiter und deren Wohnungsverhältnisse.

Abg. Dr. Junck (Nat.): Ein Kampfmittel sollen die Tarifverträge nicht sein. Gerade die entgegengekehrte Wirkung soll mit ihnen erzielt werden. Das Vereinsgesetz ist ungewissermaßen liberal, wenn nur auch die, die es anwenden, liberal sein möchten. Für den Mittelstand müssen wirklich praktische Maßnahmen getroffen werden, so

beim Submissionswesen. Unsere Mittelstandsfröndlichkeit und unsere Sozialpolitik beruhen auf der liberalen Weltanschauung, daß der Stärkere für den Schwächeren einzutreten verpflichtet ist.

Staatssekretär Delbrück: Eine Zentralkasse für Tarifverträge befindet sich bereits in meinem Amte. Aber es ist nicht zweckmäßig, darüber hinauszugehen. Wir haben beim Abschluß von Tarifverträgen niemals verjagt. Strombeck (Ztr.): Der Hausratshandel darf nicht weiter eingeschränkt werden.

Kölle (wirtsch. Bgg.): Wegen der Automobile auf dem Lande sind Maßregeln nötig. Den Wanderarbeitern in den Äylen soll man alle Fürsorge zuwenden. Die Margarinevergütungen beweisen, daß die jetzige Gesetzgebung nicht ausreicht.

Darauf vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Fortsetzung der Staatsberatung. Schluß 7 1/2 Uhr.

Mainz, 13. März. Die „Wertzuwachsteuer“ die durch Ortsstatut vom 1. Juli 1908 hier eingeführt ist, soll nach einem Antrag der Bürgermeisterei an die Stadtverordneten wieder aufgehoben werden.

Berlin, 15. März. Die Erörterungen über den Gesetzentwurf einer Versicherung für Privatbeamte wird demnächst im Bundesrat beginnen.

Berlin, 14. März. Die Reichstagskommission für die elsaß-lothringische Verfassungsfrage legte die Kompromißvorschläge der Regierung heute in drei verschiedenen Anträgen formuliert vor, die vom Zentrum, den Nationalliberalen und der Volkspartei eingebracht waren und sich nur unwesentlich voneinander unterscheiden. Nach diesen Anträgen wird Elsaß-Lothringen zum Bundesstaat erklärt und erhält drei Stimmen für den Bundeshaat unter den von der Regierung vorgeschlagenen Modifikationen. Die übereinstimmenden Teile der drei Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Berlin, 14. März. Die auf Einladung eines vorbereitenden Ausschusses im Reichsamt des Innern tagende gemeinnützige Kinematographen-Konferenz hat in einer Resolution der Meinung Ausdruck gegeben, daß dem Kinematographen eine außerordentliche Bedeutung als Bildungsmittel zukommt, daß jedoch tatkräftige Maßnahmen erforderlich sind, um ihn mehr als bisher dafür nutzbar zu machen. Die Konferenz empfiehlt daher — außer den dringend notwendigen Genurmaßnahmen — die Schaffung einer Körperschaft, die im Zusammenarbeiten mit Kinematographen-Unternehmern, Vereinen, Schulen usw. eine tatkräftige Nupfarmachung des Kinematographen für Bildungszwecke erstreben soll.

Ausland.

Ein Weltkrieg in Sicht?

Es wird uns geschrieben: Das spannende Welträtsel, weshalb die nordamerikanische Union im ganzen Süden der Republik ihre Truppen mobilisierte und ein großes Geschwader nach den zentralamerikanischen Gewässern sandte, geht seiner Lösung täglich mehr entgegen. Während das Auswärtige Amt in Washington noch immer unter der Maske bleibt und erklärt, man wolle gegen die mexikanischen Rebellen zugunsten des achtzigjährigen Präsidenten Porfirio Diaz im Notfalle eingreifen, weist dieser eine nordamerikanische Unterstützung nachdrücklich zurück und die mexikanische Staatsregierung gibt kund, daß jede Art von Intervention als Kriegsfall aufgefaßt werde. Gleichzeitig sind in Mexiko die Bestimmungen über das Standrecht öffentlich bekannt gemacht worden, und da die Aufstände notorisch von nordamerikanischen Aufwiegeln in Szene gesetzt werden, die der Union den Vorwand zum Eindringen in das mexikanische Gebiet schaffen wollen, so muß sich bei Anwendung des Standrechts bald herausstellen, was hinter den revolutionären Umtrieben steckt.

Daß Mexiko bei der Betonung des Kriegsfallcs auf auswärtige Hilfe rechnet, ist sicher, denn allein würde das mexikanische Heer der Truppenmacht der Vereinigten Staaten nicht widerstehen können, zumal die Flotte der Union den Kampf schnell zu entscheiden vermag, wenn sie die mexikanischen Häfen sperrt und besetzt. Auf Grund des geheimen Schutz- und Trugbündnisses mit Japan sehr Mexiko seine Hoffnung auf das japanische Kreuzergeschwader, das Ende Februar an der Pazifikküste von Katagawa eintraf. Die japanischen Schiffe machten zunächst in Ancon einen höflichen Besuch, und der Kommandant des Geschwaders suchte in Washington um die Erlaubnis nach, eine Besichtigung des Panamakanals und der im Bau befindlichen Werke vornehmen zu dürfen. Die Amerikaner glaubten dies nicht verweigern zu sollen, und die Japaner haben sich auch alles genau zeigen lassen. Das japanische Geschwader dampfte dann zwar von Ancon ab, blieb aber an der Küste und beschäftigte sich bis jetzt damit, alle dort befindlichen Häfen und Buchten in Augenschein zu nehmen und zu untersuchen.

Dieses auffallende Interesse der Japaner an den Dänen und Strandfindern des Stillen Ozeans erweckte bei der Regierung der Vereinigten Staaten begründeten Verdacht. Die „Kölnische Zeitung“, die sich bei Äußerungen in Anwesenheit der internationalen Politik nach den Ansichten der leitenden deutschen Regierungskreise gut zu erkundigen pflegt, schrieb soeben: „Fast und seine Regierung haben Recht, wenn man die amerikanischen Kraftanstrengungen als eine Mobilmachung bezeichnet. Man hätte hinzufügen können: als eine Probe mobilmachung gegen Japan! Die Amerikaner fürchten ein Eindringen Japans in Süd- und Mittelamerika und eine Bedrohung des Panamakanals.“

Da man in Washington nunmehr weiß, was auf dem Spiele steht, wenn die Truppen der Union in Mexiko einrücken und damit noch andere Zwecke als die Beruhigung des Landes verfolgen, so sind die Blicke aller Welt auf die weiteren Schachzüge Tasts gerichtet. Eine Okkupation Mexikos dürfte einen Weltkrieg entzünden, denn die Mächte, die stark in Mexiko interessiert sind, würden die Vereinigung mit Nordamerika nicht zulassen. Den Engländern gehören viele Bergwerke und Eisenbahnen in

Mexiko, den Franzosen die Bäder mit Schminwaren, den Deutschen die Handlungen mit Eisenwaren. Die Weltmächte selbst haben eigentlich nur die Potterien und die Schokolade inne.

Das Deutsche Reich würde sich an kriegerischen Maßnahmen aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht beteiligen, wenn es so weit kommen sollte, sondern nur auf den Schaden in Mexiko lebenden Deutschen bedacht sein. Mit allen europäischen Mächten, die große finanzielle Werte in Mexiko angelegt haben, verbindet Deutschland natürlich das Interesse, daß die Sicherung der „offenen Tür“ gewährleistet wird. Die Japaner beobachten jetzt mit Argusaugen alle Schritte der Union. Und England, das schon wieder gewaltige Mittel für seine Flottenrüstungen bereit stellt, denkt weniger an einen Sturm auf der Nordsee als auf dem Stillen Ozean. Um die von den Vereinigten Staaten beabsichtigte militärische Sicherung des Panamakanals bewegt sich zur Zeit das Räderwerk der Weltpolitik.

Wien, 14. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Das Kronprinzenpaar trifft am Sonntag den 9. April morgens hier ein. Die Kronprinzessin Cecilie kommt zum erstenmal nach Wien. Das Kronprinzenpaar wird in der Hofburg Wohnung nehmen.

Wien, 15. März. Kaiser Wilhelm wird auf der Durchreise nach Korsu Kaiser Franz Josef besuchen, er trifft am 24. März vormittags 10.30 Uhr hier ein.

Paris, 14. März. Im heutigen Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten Fallieres gab der Minister des Auswärtigen, Cruppi, Ausführungen über die Haltung des Kaiserreiches, von dem ein Teil am 14. Januar den Ueberfall auf die Kolonne des Rittmeisters Rancu gemacht hatte. Die Regierung beschloß, nach Casablanca zwei Bataillone Infanterie und zwei Abteilungen Bergartillerie abzuschicken, um die Ausführung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Genauere Unterweisungen werden dem General Moinier in diesem Sinne gegeben werden. Der Ministerrat nahm ferner von dem Versprechen Ruloi Hafids Kenntnis, daß er selbst zur Jächtigung der Urheber des Anschlags vom 14. Januar schreiben werde. Die Regierung ist entschlossen, darüber zu wachen, daß dieses Versprechen streng und ohne Säumen ausgeführt wird.

Paris, 14. März. Die Hauptbestimmungen der Artikel 6 und 7 des Gesetzes über die Fremdenlegion vom 10. März 1891, die jetzt wieder in Kraft getreten sind, sehen für den Eintritt in die Fremdenlegion als Mindestalter 18 und als Höchstalter 40 Jahre fest. Die anderen Bestimmungen betreffen den Geburtsort, das Sittenzugnis und das Zeugnis für die Diensttauglichkeit.

Brüssel, 14. März. Der Kammer ist heute der Entwurf eines neuen Schulgesetzes zugegangen, das 1914 in Kraft treten soll. Die Schulpflicht wird dann bis zum 14. Lebensjahr ausgedehnt, da die Kinderarbeit bis zu diesem Jahre verboten ist. Der Gesetzentwurf bringt keinen obligatorischen Schulunterricht, sucht aber einen moralischen Druck auf die Eltern auszuüben.

New York, 15. März. Nach Meldungen aus Mexiko ist in Vera Cruz ein Aufstand ausgebrochen. Ein Amerikaner wurde getötet, sechs Polizisten verletzt. Die Marinebesatzung der im Hafen ankernden Schiffe unterstüzte die Behörden.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Der König hat die Stelle des zweiten wissenschaftlichen Sammlers an Lehrerseminar in Rünzelsau dem Oberreallehrer H. Reichl in Rirchheim u. T. mit dem Titel eines Professors auf befristeter Grundlage übertragen, den Vorkandidat Dr. H. H. H. in Wödingen im Müggel auf Ansuchen nach Sautson verlegt und den Berichtsdirektor Fuchs zum Eisenbahndirektor bei der Eisenbahndirektion in Calw ernannt.

Domänen und Forsten.

Zu Beginn der Diensttags-Sitzung beschloß der Finanzausschuß der Zweiten Kammer dem Vorsitzenden Dr. v. Kiene anlässlich des Todes seiner Tochter das Beilaid des Ausschusses zu übermitteln. Nach Verteilung einiger neu eingelaufener Eingaben an die jeweiligen Berichtshalter wurde in die Beratung des Kapitels 101 (Ertrag der Domänen) eingetreten. Bei Titel 2 wurde bemängelt, daß der Ertrag der Meiereien größtenteils ein verhältnismäßig geringer sei. Das Kapitel wurde genehmigt. Bei Kapitel 112 (Aus Forsten) wurde die Erziehung einer Forstlehranstalt besprochen; auch wurde gewünscht, daß für die Fortbildung der Forstbeamten besondere Kurse eingerichtet werden sollen. Der Minister sagte Erwägung dieser Anregung zu. Des weiteren kam die Ueberfüllung im Forstfach und die damit zusammenhängende Frage der Einführung des Numerus clausus zur Sprache. Titel 1 (Holzertrag), der für das Jahr 1911 einen Betrag von 18 832 000 Mark und für das Jahr 1912 einen Betrag von 18 457 500 Mark vorsieht, wurde auf Antrag des Berichtshalters v. Holz mit dem Vorbehalt genehmigt, daß der Ausschuss nach Abschluß der Frühjahrsholzerkäufe auf den Gegenstand zurückkommt. Von volksparteilicher Seite wurde darüber Klage geführt, daß bei den Holzerkäufen vielfach die Wünsche der Handwerker nicht genügend berücksichtigt werden und daß der Staat nach Abschluß der Verkäufe jede Haftung für etwaiges Abhandkommen der im Wald gelegenen Holz ablehne. Von der Regierungseite konnte die erste Mitteilung gemacht werden, daß der Holzverkauf für das Jahr 1910 gegenüber dem etatsmäßigen Anschlag ein Mehr von 1 100 000 Mark ergeben habe. Einem von einem Redner der Volkspartei geäußerten Wunsch nach einer zweckmäßigen Bilanzierung der Stammholz bei den Holzerkäufen, sagte die Regierung Berücksichtigung zu. Titel 1a (Zinsverträge des Forstrentenfonds) ist neu. Es wurde beschlossen, für das Jahr 1913 anstatt der von der Regierung vorgeschlagenen 170 000 Mark einen Betrag von 200 000 Mark einzustellen. Bei Titel 4 teilte der Finanzminister mit, daß künftig die Erträge der Einzelgüter, welche sich nicht am

von Kameralämtern befinden, hier und zwar als bejournierter Titel 4a, verrechnet werden sollen.

Bei den Ausgaben (Titel 8 und 17) kam zur Sprache, daß eine erledigte Forstmeisterstelle bis auf weiteres nicht wieder besetzt werden solle, entsprechend dem Vorschlag, den die Regierung über die Vereinfachung der Staatsverwaltung gemacht hat. Der Berichterstatter von Salz stellte in Konsequenz hiervon den Antrag, im Etat eine Forstmeisterstelle mit dem Gehaltssatz von 5700 Mark zu streichen. Der Antrag wurde angenommen. Entsprechend dem Vorschlag der Regierung wurde die Zahl der Expedienten von seither 8 auf 5 ermäßigt. Desgleichen sollen in den nächsten 2 Etatsjahren 2 Forstämter aufgehoben werden; die Behandlung der Frage, ob nicht noch weitere Forstämter eingezogen werden können, wurde zurückgestellt. Der Finanzminister bemerkte dazu, daß etwa 6 weitere Forstämter für die künftige Aufhebung in Betracht kommen. Die übrigen Titel wurden ohne wesentliche Erörterungen genehmigt; nur bei Titel 9 und 2 wurde angeregt, die Bezüge der Waldschützen und die Löhne der Holzhauer angemessen zu erhöhen. Seitens der Staatsförsterverwaltung wurde über diese Frage eine vergleichende Uebersicht über die Tagelöhne und den Jahresverdienst bei Akkordarbeitern in den Wirtschaftsjahren 1906, 1908 und 1910 vorgelegt. Im Zusammenhang damit wurden 2 Eingaben der Holzhauerverbände beraten. Der Minister teilte mit, daß die Bezüge der staatlichen Waldarbeiter im Laufe der letzten Jahre, insbesondere im Jahre 1909 nicht unerheblich erhöht worden seien und daß sie, verglichen mit anderen Bundesstaaten, über dem Durchschnitt der dort bezahlten Löhne sich bewegen. Gleichfalls siehe die Regierung den Lohnwünschen der Waldarbeiter nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Der Ausschuss beschloß, die Frage der Erhöhung der Bezüge zurückzustellen, dagegen in der Beratung der übrigen in den Eingaben geäußerten Wünsche einzutreten. Die Waldarbeiter wünschen in erster Linie, daß sie nicht, wie seither, vor Abschluß der Akkordverträge verpflichtet werden, ihren Beitritt zu den Holzhauegesellschaften zu vollziehen. Die Regierung trat diesem Wunsch als undurchführbar und nicht einmal im Interesse der Arbeiter entgegen. Der Ausschuss beschloß, diesen Punkt der Eingaben, einschließlich der Frage der Entlohnung der Holzhaue-Obmänner, der Regierung zur Ermüdung zu übergeben.

Junung und Staatsbehörden.

Vor einigen Tagen hat die Heilbronner Fleischerinnung einen Beschluß gefaßt, der sich als ein ernstlicher Versuch, den Mißständen bei der Fleischlieferung an die Behörden entgegenzuwirken, darstellt. Die Innungsmitglieder sind durch diesen Beschluß verpflichtet worden, keine Einzelofferten mehr an die Behörden einzubringen, sondern die Abgabe von Angeboten der Innung zu überlassen, die ihrerseits die Lieferungen im Turnus an ihre Mitglieder verteilt und die Verantwortung für die ordnungsgemäße und reelle Lieferung übernimmt. Die Erwartung, daß die Behörden diesem Versuch nicht entgegenzutreten werden, hat sich nun schon bei der ersten Gelegenheit nicht erfüllt. Die Fleischlieferung an das hiesige Zellengefängnis ist neu zu vergeben und es hat die dortige Direktion das Offer der hiesigen Fleischerinnung abgelehnt und ein Ausschreiben erlassen, in dem es heißt, daß der Direktion des Zellengefängnisses bei der Submissionsverhandlung am 7. März die „Zunutung“ gemacht worden sei, die Innung als Lieferantin anzunehmen mit der Maßgabe, daß sie (die Innung) dann nach Monaten die Lieferung an die einzelnen Meister verteile, eine Bedingung die für staatliche Verwaltungen unannehmbar sei. Die Direktion sei deshalb in der „Zwangslage“, die Lieferung ihres Bedarfs an Rind- und Schweinefleisch für das vorliegende Jahr neuerdings auszuschreiben und Termin zur wiederholten Abstreichverhandlung auf Donnerstag den 16. März anzuberaumen. „Hizu werden auswärtige Meister und hiesige Meister, die an den Innungsbeschluß nicht kontraktlich gebunden sind, eingeladen.“ — Wir glauben nicht, daß sich an diesem Wettbewerb viele Reggmeister beteiligen werden. Heilbronner Meister kommen nicht in Betracht, weil sie ausnahmslos an den Beschluß der Innung gebunden sind, und die Regger in der Umgebung stehen mit den Heilbronner Meistern durch organisatorischen Zusammenschluß in so enger Fühlung, daß nicht anzunehmen ist, sie werden den Heilbronner Innungsbeschluß illusorisch machen. Die Innung würde es auch verschmerzen, wenn die Fleischlieferung „außer Landes“ versubmittiert wird, denn man ist allgemein der Ansicht, daß bei Abgebote von 20 und mehr Prozent der Lieferant eine seinem Aufwand und seiner Arbeit entsprechende Vergütung doch nicht finden kann. Die Tatsache, daß so starke Angebote schließlich auch auf die Qualität des Fleisches einen Einfluß haben können, sollte eigentlich die in Betracht kommenden Behörden veranlassen, dem von der Heilbronner Fleischerinnung unternommenen Versuch etwas freundlicher gegenüber zu stehen.

Zahlung mit Briefmarken sollte möglichst vermieden werden, da hierdurch leicht Unklarheiten entstehen. Eine böse Ansicht aber ist es, mit Stempelmarken und solchen Briefmarken zu zahlen, die man selbst sich nicht zu verwenden getraut, weil sie deziert verbraucht ausfallen, daß über ihre Gültigkeit Zweifel bestehen können. Was in dieser Hinsicht von einzelnen geleistet wird, übersteigt mitunter alle Begriffe. Jrgendeinem, bei welchem man glaubt, es anders nicht nötig zu haben, schickt man alles, was sich im Laufe von Monaten oder vielleicht Jahren an solchen Sachen angesammelt hat: verstaumelte und beschmutzte Marken, Marken ohne Gummi, aufgeklebte Marken, ausländische Marken, Invalidenmarken, Stempelmarken, Coupons usw. Alles das sind keine Zahlungsmittel selbst dann, wenn sie absolut gebrauchsfähig sind; unbedingt sollte aber jedermann eine Zahlung, welche nur einzelne schlechte Stücke enthält, zurückweisen. Couponbesitzer mögen ihre Coupons selbst zur Einlösung bringen, übrige Stempelmarken und Invalidenmarken kann man ebensogut bei sich liegen lassen. Und was sich

absolut nicht verwenden läßt, das werse man aus Reinlichkeitsgründen in den Papierkorb und verschone andere mit von hundert Fingern hundertmal herumgelegten Marken.

Stuttgart, 14. März. Die Stuttgarter Firma Bösch, eine der größten Fabrikunternehmungen Württembergs, hat ihrer Arbeiterschaft den Vorschlag unterbreitet, im Sommer den Betrieb auf 14 Tage zu schließen. Die Regierung will dem Verlangen der Arbeiterschaft entsprechen; in der regelmäßig wiederkehrenden Zeit des stauen Geschäftsganges Entlassungen zu verhüten, und hat sie auch die Billigung einer von 2500—3000 Arbeitern besuchten Versammlung gefunden. Allerdings sprachen sich alle Redner dafür aus, daß über die Zeit der Ferien eine Entschädigung seitens der Fabrik geleistet werde, nachdem bereits andere Firmen einen Urlaub mit Fortbezahlung des Lohnes eingeführt hätten. Bisher hat sich die Fabrikleitung diesem Verlangen gegenüber ablehnend verhalten. Die Arbeiterversammlung beauftragte indessen die Verwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes eine Verständigung anzubahnen.

Stuttgart, 14. März. 500 Maschiner und Installateure wollen am Freitag einen Streik beginnen, wenn die Innung nicht bis dahin Verhandlungen zwecks Erfüllung ihrer Forderungen eingeleitet hat.

Zutlingen, 14. März. Der Wahltermin für die bevorstehende Stadtschultheißenwahl in Mühlheim a. D. ist vom Oberamt auf Freitag den 7. April festgesetzt worden.

Nah und Fern.

In Stuttgart feuerte in der Frauenstraße in Hestlach ein Musiker auf seine Geliebte, die sich von ihm getrennt hatte, zwei Revolvergeschosse ab, die jedoch fehlgingen. Der Täter ist festgenommen.

In Hestlach hat der Schneider Konrad Heiter ein Mädchen namens Stahlinger durch zwei Revolvergeschosse schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet; er gibt an, die Tat wegen verschmähter Liebe begangen zu haben.

In Besigheim brach auf Bis jetzt noch unangeführte Weise in der Scheune von Fris Schaussele Feuer aus, dem das Gebäude zum Opfer fiel.

In Sölingen wurde ein verwitweter Stinzer festgenommen, der sich an seinem eigenen Mädchen sittlich vergangen hatte. Das Kind soll ins Krankenhaus verbracht werden.

Gerichtssaal.

Ein vierfaches Todesurteil.

Halberstadt, 14. März. Der Invalide Becker aus Ilseburg, der angeklagt war, seine Frau, seine Schwiegertochter und seine beiden Enkelkinder mit einem Beil erschlagen zu haben, ist heute, nachdem die Geschworenen alle acht Schulfragen, darunter vier auf Mord, bejaht hatten, vom Schwurgericht viermal zum Tode verurteilt worden. Der Verurteilte nahm das Urteil in stummstimmiger Ruhe entgegen.

Stuttgart, 14. März. Schlimme Folgen hatte ein „Miß“, den zwei Hohenheimer Studenten in der Nacht zum 13. Juli in Degerloch ausführten. Die beiden hatten einige Tage zuvor zwei in Degerloch wohnende Mädchen kennen gelernt und als sie in jener Nacht von einer Festlichkeit heimkehrten, kamen sie auf den Gedanken, den Mädchen ein Ständchen zu bringen. Sie pfiffen und sangen wohl eine Viertelstunde unter dem Fenster und als die Mädchen sich nicht zeigten, entfernten sie sich. Plötzlich erkobte ein Pfiff, worauf die beiden wieder umkehrten in der Meinung, der Pfiff komme von den Mädchen. Während der eine mit einer Baumfläze gegen das Fenster zu schlagen begann, gab der im untersten Stockwerk wohnende Besitzer aus seiner Jagdflinte einen Schrottschuß. Die Folgen waren ziemlich erheblich. Der an dem „Ständchen“ am meisten Beteiligte, wurde stellenweise von Schrotkörnern gespickt. Er hatte nicht weniger als 37 Verletzungen in Arm, Schulter und Befäß erhalten und mußte zwei Wochen im Spital zubringen. Der Schütze wurde wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Er machte vor dem Schöffengericht geltend, daß er bei der späten Nachtstunde der Meinung war, daß es sich um Einbrecher handle. Das Schöffengericht glaubte dem Angeklagten das Vorbringen, jedoch war es der Meinung, daß er sich davon hätte überzeugen müssen, daß er also in diesem Fall zu weit gegangen sei und erkannte gegen ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung auf 50 Mark Geldstrafe. Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. In der Verhandlung vor der Strafkammer sagte die Frau des Angeklagten aus, daß ihr Mann, ehe er den Schuß abgegeben habe, schon längere Zeit auf gewesen sei. Auf Grund der Beweisaufnahme kam die Strafkammer zu anderen Feststellungen als das Gericht 1. Instanz und verurteilte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung, belies es jedoch im übrigen bei der vom Schöffengericht ausgesprochenen Strafe. Das Berufungsgericht war der Ansicht, daß der Angeklagte in der Abwehr entschieden zu weit gegangen sei, insbesondere hätte er die Jagdflinte nicht wagrecht halten dürfen.

Vermischtes.

Der „Nachtanz“ vor Gericht.

Aus Stockholm wird der „Württemberg. Ztg.“ geschrieben: Delsa Sauerland, eine schwedische Bildhauerin, der die Künstler den Beinamen der schönsten Frau der Welt gegeben haben, erregte vor Monatsfrist in Stockholm Künstlerkreisen großes Aufsehen durch ihre große Tanzlust, die sie in einer Ratonee einem geschlossenen Kreise von Sachverständigen vorführte. Auf Anraten ihrer Freunde sagte sie den Plan, nun nach ihrem großen Erfolge in der Sondervorstellung auch öffentlich aufzutreten. Die Sache hatte aber einen Haken, denn die

Künstlerin führte Tänze auf, in denen sie nur mit einem leichten Schleier bekleidet sich dem Publikum zeigen wollte. Es sollte also gerichtlich festgestellt werden, ob diese Tänze sittenfälschlich verlegend wirken. Vor wenigen Tagen fand die seltene Gerichtsverhandlung statt und Delsa wurde aufgefordert, vor den Richtern ihre Tänze genau so vorzuführen, wie sie sie dem Publikum zu zeigen gedachte. Vorher wurde die Dessenlichkeit sorgfältig ausgeschlossen. Delsa begann nun, nur mit einem Schleier bekleidet, Körper und Kunst zu zeigen. Die Richter waren ebenso begeistert von ihrer Schönheit, wie von der Anmut ihrer Tanzbewegungen. Trotzdem zeigten sie sich den trojanischen Greifen würdig, von denen Homer erzählt, daß sie beim Anblick der Helena sehr wohl verstanden, weshalb die Trojaner und Achäer so lange miteinander Krieg führten, daß sie aber trotzdem beschlossen, Helena in ihre Heimat zurückzuführen und sich und ihren Kindern Leid zu ersparen. Das Gericht erkannte an, daß vor reifen und völlig unbeschäftigten Männern und Frauen diese Tänze an sich nicht geeignet wären, unsittliche Gedanken zu erwecken. Die Schönheit der Künstlerin und ihrer Bewegungen sei durchaus von keuscher Art. Trotzdem aber könne man für ein großes, vielhundertköpfiges Publikum keine Bürgschaft dafür übernehmen, daß sich darunter nicht ein größerer oder geringerer Teil unreifer und unselbständiger Menschen befände, die bei einem derartigen Tanz die äußere, sensationelle Erscheinung, aber nicht die seltene Kunstform sehe. Für diesen Teil der Zuschauer muß eine Frau, die nur mit einem Schleier bedeckt auf der Bühne steht, unter allen Umständen schädigend wirken, wenn man auch nicht behaupten darf, daß der Tanz an sich unsittlich wirkt. Die unsittliche Wirkung bezog die für die sittliche Verfassung der betreffenden Zuschauer schädliche Wirkung geht von Begleiterscheinungen und Neben Umständen des Tanzes aus. Diese Begleiterscheinungen bedeuten aber für die unreifen Zuschauer die Hauptsache. Darum sind solche Tänze vor großem Publikum unter allen Umständen zu verbieten.

Ferdinand.

Der „Klabberdatsch“ besingt das jüngste erschreckliche Reise-Abenteuer, das Ferdinand von Bulgarien zur Faschingszeit auf der bayerischen Bahn erlebt hat, in folgender düsteren Ballade:

Der D-Zug flog durchs weite Land,
Beim Abendessen saß Ferdinand.
Die Menge hielt man von dem Herrn
Im Speisewagen gar ängstlich fern.
Es schwärmte um ihn der Kellner Schar,
Acht Gänge ist der große Jar.
Sein Auge blitzt, daß Gott mir helf!
Nur um ihn sitzen der Knechte elf.
Sie machen vor ihm den Rücken krumm,
Und draußen harret das Publikum.
Stolz ruft der König: „Ich bin der Herr!“
Im Becher schäumte der Faschinger.
Er leert ihn hastig bis auf den Grund,
Die Knechte hängen an seinem Mund.
Doch sieh! Von draußen drängt es zur Tür,
Es kommt ein bunter Haufe herfür.
Es sind Erlanger Studios,
Der König ist stamm und hehr und groß.
Kraus steht es aus in ihrem Gehirn,
Der König runzelt die Herrscherhirn.
Sie tragen ein buntes Flimmerkleid,
Des Königs Auge verblüdet Leid.
Sie treiben Fastnachtsmannenschanz,
Des Jaren Blick spricht finstern Glanz.
Er spricht nur: „Kene, mene tekel!“
Der Zugführer naht: Fort, fort, ihr Geil!
Die Studios wichen vom Schrecken gerührt,
Die Fahrkarten hat man konfiszirt.
Mit schlotternden Knien und totenbläß
Fühlten sie reuig des Königs Daß.
Sie wurden aber in selbiger Nacht
In Nürnberg zur Polizei gebracht.

Handel und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 14. März. Der heutige Frühjahrsmarkt in der Gewerbehalle war mit Obstbäumen, Beerenstrauchern und Pflanzpflanzen stark besahren. Die Preise waren im wesentlichen die gleichen wie auf dem Spätharstmarkt. Bezahlt wurden für Apfelschäume 80 Pfg. bis 1 Mk., für Birnenschäume 1 Mk. bis 1.30 Pfg., für Spalier 60 Pfg. bis 1 Mk., für Pfirsiche und Aprikosen 80 Pfg. bis 1.20 Mk. pro Stück. Stachelbeeren standen hoch im Preis. Man verlangte 8—10 Mk. per 100 Stück. Johannisbeeren kosteten 4—5 Mk. Himbeeren 4 Mk. per 100 Stück. Verkauf lebhaft.

Weidenheim, 14. März. Die Gewerbebauk hatte im abgelaufenen 46. Geschäftsjahr einen Umsatz von 14 1/2 Millionen Mark und einen Reingewinn von 8600 Mark. Von diesem gelangt auf das dividendenberechtigende Einlagekapital eine Dividende von 5 Proz. zur Verteilung. Dem Reservefonds werden zur Erhöhung auf 3400 Mark 1445 Mark zugewiesen.

Balingen, 14. März. Der Aufsichtsrat des hiesigen Portlandzementwerks schlägt die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. bei wicklichen Abschreibungen vor.

Rottenburg, 14. März. Die Kaysche Brauerei zum Dreikönig ging um die Summe von 105 000 M. sämtlichen landw. Grundstücken, jedoch ohne „Natsstube“ in den Besitz eines Herrn Wölfer aus Sulz a. N. über.

Die Maul- und Klauenseuche

ist weiter ausgebrochen; in der Stadt Stuttgart: in Hochdorf, O. Balingen; Oberelchesheim, O. Heilbronn; Adelshart, O. Heilbronn, sowie in Albingen, O. Spaltingen. — Geselassen ist die Seuche in Bödingen und Groggarts, O. Heilbronn.

